



**Erhard Grundl**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro Straubing  
In der Bürg 11  
94315 Straubing

Telefon: +49 09421/9614560  
erhard.grundl.wk@bundestag.de

Erhard Grundl, MdB, In der Bürg 11, 94315 Straubing

Straubing, den 03.06.2022

## Pressemitteilung

# Höherer Mindestlohn kommt: Gehaltserhöhung für über 6 Millionen Menschen

*Zur heute im Bundestag beschlossenen Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober 2022 erklären Marlene Schönberger und Erhard Grundl, Grüne Bundestagsabgeordnete aus Niederbayern:*

Wir sind froh, dass wir heute im Bundestag die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde beschlossen haben. Ab dem 1. Oktober bedeutet das für über 6 Millionen Menschen in Deutschland eine echte Lohnerhöhung, eine bessere soziale Absicherung und höhere Rentenansprüche – auch für viele Menschen in Niederbayern. Gerade angesichts steigender Preise für Energie und Lebensmittel ist es wichtig, dass Grüne, SPD und FDP dieses Koalitionsvorhaben schnell umgesetzt haben.

Die Erhöhung des Mindestlohns ist ein kleiner Schritt für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Ost und West und zwischen den Geschlechtern. Denn von der Lohnerhöhung profitieren überdurchschnittlich viele Frauen und Beschäftigte in Ostdeutschland.

Zusammen mit Gewerkschaften und Verbänden kämpfen wir Grüne im Bundestag schon lange für einen armutsfesten Mindestlohn, weil für uns klar ist: Wer Vollzeit arbeitet, muss davon gut leben können.

Völlig unverständlich ist es für uns, dass die Abgeordneten der CSU dieser Anhebung des Mindestlohns die Zustimmung verweigern. Es reicht nicht aus, am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, schöne Sonntagsreden an die Adresse der abhängig Beschäftigten zu halten, und dann diese Entscheidung im Deutschen Bundestag nicht zu unterstützen.

Klar ist, der Mindestlohn ist nur einer von vielen Bausteinen für faire Bezahlung. Deshalb haben wir uns als Ampel-Koalition vorgenommen, das Tarifsystem zu stärken. Denn auch aufgrund der geringen Tarifbindung werden in Niederbayern niedrigere Löhne gezahlt als im Bundesdurchschnitt.

Deshalb werden wir dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge zukünftig nur noch an Unternehmen gehen, die mindestens in Tarifhöhe entlohnen. Das wird bessere Einkommen und regelmäßige Lohnerhöhungen für viele Beschäftigte zur Folge haben.